

Information  
 zum Aushang

# Einkommensrunde 2025 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen (TVöD)

## Erste Verhandlungsrunde enttäuschend

Köln, 24. Januar 2025

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 24. Januar 2025 endete in Potsdam die erste Verhandlungsrunde mit dem Bundesinnenministerium (BMI) und der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) für die Beschäftigten im Tarifbereich des TVöD - leider wie zu erwarten war - ohne Ergebnis.

Von Seiten der Arbeitgeber - für den Bund Bundesinnenministerin Faeser und für die Kommunen VKA-Präsidentin Welge - gab es zum Auftakt weder ein Angebot, noch scheinen die Nöte der Beschäftigten nach den weiteren Preissteigerungen im Jahr 2025 wirklich verstanden worden zu sein.

dbb Verhandlungsführer Volker Geyer hat nach dem Ende der ersten Gesprächsrunde deutlich gemacht: „Wenn Bundesinnenministerin Nancy Faeser jede Festlegung mit Blick auf die Bundestagswahl verweigert und VKA-Präsidentin Karin Welge uns immer nur die Finanzkrise der Kommunen vorhält, kommen wir bei den Verhandlungen nicht weiter. Die Attraktivität des Arbeitgebers Staat wird gerade dann beschädigt, wenn der Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe immer schärfer wird.“

Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst haben Anspruch auf spürbare Einkommenszuwächse, egal ob gerade Wahlen sind oder die Kassenlage angespannt ist. Hierzu Geyer: „Ja, die Finanzausstattung der Kommunen ist nicht aufgabengerecht. Daran sind aber nicht die Kolleginnen und Kollegen schuld, sondern Bund und Länder. Die Kommunen sollen sich das Geld bei denen holen, die diesen enormen Aufwandszuwachs zu verantworten haben. In dieser Auseinandersetzung stehen wir übrigens an ihrer Seite. Die Beschäftigten werden aber auf keinen Fall ein ‚Sonderopfer Haushaltssanierung‘ akzeptieren. Das müssen wir den Arbeitgebenden in den nächsten Wochen klar machen. Es wird deshalb sicher zu Warnstreiks und Protestaktionen kommen, für die ich die Bevölkerung schon jetzt um Verständnis bitte. Bund und Kommunen lassen uns keine andere Wahl.“

Ohne spürbare Einkommenszuwächse droht ein explodierender Personalmangel im öffentlichen Dienst. Bund und Kommunen stehen vor zukunftsweisenden Verhandlungen. Der Mangel jetzt: 570.000 altersbedingte Abgänge, in den nächsten zehn Jahren insgesamt etwa 1,3 Millionen Beschäftigte. Wenn wir die Bezahlung im öffentlichen Dienst jetzt nicht deutlich verbessern, riskieren wir in eine existentielle Krise. Bereits seit Jahren warnen wir vor einem sich zuspitzenden Personalnotstand, der auch mithilfe von KI, Digitalisierung und Bürokratieabbau nicht kompensiert werden kann.

Hierzu dbb-Verhandlungsführer Geyer: „Wir brauchen aber nicht nur mehr Geld in der Lohntüte, sondern auch zusätzliche freie Tage sowie ein ‚Mehr-Zeit-für-mich-Konto‘, mit dem die Beschäftigten ihre Zeit flexibler einteilen können. Beim Geld allein wird die Privatwirtschaft den Staat immer abhängen, deshalb ist für die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes auch ein Faktor wie Arbeitsplatzsouveränität entscheidend. Ich hoffe sehr, Bund und Kommunen begreifen den Ernst der Lage und legen schnell ein abschlussorientiertes Angebot vor. Andernfalls stehen wir vor einem harten Tarifkonflikt.“

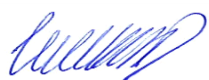
„Es mag ja sein, dass ein Bäcker, der mal einen Tag keine Brötchen verkauft, nicht gleich insolvent ist, aber wenn das Einkommen der Beschäftigten dauerhaft geringer ist als die Ausgabenbelastung, dann ist dies eine Art der Insolvenz. Das Einkommen muss zum Auskommen ausreichen, ohne dass man hierfür soziale Leistungen wie z.B. Wohngeld beantragen muss“, sagte der Bundesvorsitzende Hermann-Josef Siebigtheroth. „Gerade die unteren und mittleren Einkommensgruppen sind von der gegenwärtigen Situation, den immens gestiegenen Lebenshaltungskosten mit am stärksten betroffen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben ein so geringes Einkommen, dass ihnen Sozialleistungen zustehen. Jede Arbeit ist ihres Geldes wert und von seiner Arbeit muss man auch leben können, ohne Sozialleistungen in Anspruch nehmen zu müssen. Die derzeitige Situation ist untragbar und sollte den Arbeitgebenden gerade im öffentlichen Dienst ein Dorn im Auge sein. Für die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, aber auch darüber hinaus, ist es auf jeden Fall unwürdig, wenn sie vom Einkommen ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können“. Siebigtheroth weiter: „Genau aus diesem Grund sind 8 Prozent, mindestens jedoch 350 Euro, nicht nur eine realistische, sondern auch dringend notwendige Forderung!“

### Wie geht's weiter?

Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 17./18. Februar 2025 angesetzt und die vermutlich entscheidende dritte Runde findet vom 14. bis 16. März 2025 statt.

Mit kollegialen Grüßen

 VDStr.-Fachgewerkschaft  
 -Bundesvorstand-



 Hermann-Josef Siebigtheroth  
 Bundesvorsitzender


### Hinweis für die Kolleginnen und Kollegen bei der Autobahn GmbH des Bundes:

Das Ergebnis dieser Einkommensrunde hat unmittelbaren Einfluss auch auf die Beschäftigten bei der Autobahn GmbH des Bundes. Denn bis Ende 2025 wird es bei der Autobahn GmbH keine eigenständigen Einkommensrunden geben. Verständigt hat man sich bereits von Beginn an darauf, dass die dortige Einkommensstabelle bei entsprechend höheren Tabellenwerten im Bereich des TVöD-Bund entsprechend anzupassen ist.